

(Abgeordneter Dr. Meute-Glückert.)

(A) des Bismarckschen Sozialistengesetzes gewesen. Eine geistige Bewegung läßt sich weder mit Gewalt durchsetzen noch unterdrücken. Warum lassen die Unabhängigen uns nun aber ihre Rache für das früher Geschehene spüren? Wir Jüngeren sind alle aufgewachsen mit der Überzeugung: Wir wollen, wenn es möglich ist, ein Ende des Klassenkampfes mit herbeiführen helfen. Wenn jemand sich gegen hat über die Erklärung der Sozialdemokratie vom 4. August 1914, so sind wir es gewesen. Durch ganz Deutschland ging ein Haufen: Wir sind wieder ein Volk, wir gehören zusammen durch gleiche Schicksale und Ergebnisse. Jeder von uns Jüngeren hat sich damals geschworen: Was an dir liegt, soll geschehen, daß es so bleibe. Über die Gegensätze, die uns trennen, können wir uns unterhalten, aber wir wollen nicht mehr in der alten gehässigen Art gegeneinander streiten.

(Sehr richtig!)

Es gibt auch eine friedliche Art der Verständigung. Bei dieser Verhängung des Bürgertums, wie ich sie geschildert habe, ist es begreiflich, daß das Bürgertum zu Gegenmaßnahmen gegriffen hat.

Der Bürgerausschuß, der aus Mitgliedern aller Bevölkerungsklassen besteht, hat sich entschlossen, auf den Generalstreik der Arbeiterschaft mit einem Gegenstreik zu antworten. Ich finde solche Streiks beklagenswert. Sie führen in den seltensten Fällen zu einem befriedigenden Ergebnis. Meist kommt man durch friedliche Mittel weiter. Aber wenn man mit Gewalt vorgeht und zu Streiks greift, so kann man wirksam nur mit der gleichen Waffe dagegen ankämpfen. Gegen Gewalt kann man sich nur mit Gewalt behaupten.

Als der Bürgerausschuß den Gegenstreik beschloß, hatte, hat der Herr Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Rothe, sich in anerkennenswerter Weise bemüht, dahin zu wirken, daß die Folgen des Gegenstreiks nicht die ärmere Bevölkerung treffen sollten. Er hat versucht, auf seine Beamten dahin einzuwirken, daß die Lebensmittelzufuhr und die Verteilung der Lebensmittelarten keine Unterbrechung erleide. Ich benutze hier die Gelegenheit, um mich gegen Ausführungen zu wenden, die neulich Herr Kollege Nyssel gemacht hat. Er ist nicht besonders freundlich auf den Oberbürgermeister von Leipzig zu sprechen. Ich glaube mit Unrecht. Ich habe aus den Unterredungen mit Herrn Oberbürgermeister die Überzeugung gewonnen, daß er nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt hat und daß er, der in dieser schwierigen Zeit so treu auf seinem Posten ausgehalten hat, die größte Anerkennung verdient. Wenn Herr Nyssel ausführte, der Oberbürgermeister habe auf die Leitung der Banken dahingehend

eingewirkt, keine Gelder auszugeben, so befindet er sich im Irrtum. Der Herr Oberbürgermeister hat mit den Banken überhaupt nicht verhandelt. Die Beamten der Bank haben sich freiwillig dem Streik des Bürgerausschusses angeschlossen. Im Namen des Herrn Oberbürgermeisters kann ich erklären, daß der Verdacht, er habe irgendwie auf die Beamten eingewirkt, in jeder Hinsicht unbegründet ist. Ich fühle mich verpflichtet, das hier wiederzugeben. Und ebenso muß ich dem Herrn Oberbürgermeister Dr. Rothe nachrühmen, daß er sich bemüht hat, die Lebensmittelversorgung zu sichern, soweit das in seinen Kräften stand. Er hat dafür gesorgt, daß die Lebensmittelgeschäfte vormittags offenblieben. Er hat die Beamten des Lebensmittelamtes dahin gebracht, nicht zu streiken. Sie haben nur einen Tag gestreikt und dann die Arbeit wieder aufgenommen. Natürlich steht es nicht in seiner Macht, die Lebensmittelzufuhr als solche zu sichern. Die Streikleitung hat sich nicht klargemacht, daß, wenn man den Eisenbahnverkehr unterbricht, dann keine Lebensmittel nach Leipzig kommen können. Etwas spät erbot sie sich, die Lebensmittelzüge nach Leipzig freizugeben. Sie schaffte dafür sogar Lokomotiven herbei.

Wer soll aber Lebensmittel nach Leipzig liefern? Man kann es keinem Auswärtigen verdenken, wenn er erklärt: Nach Leipzig liefere ich unter diesen Umständen keine Lebensmittel, das ist mir viel zu unsicher. Wer kommt für die Kosten der Lebensmittelzufuhr auf? Jeder sperrt sich, irgend etwas nach Leipzig zu schicken, und es ist zu befürchten, daß infolge dieser Verhältnisse die allergrößte Not in Leipzig in den nächsten Tagen eintreten wird. Eine Hungerkatastrophe ist nicht unwahrscheinlich. Leipzig leidet wie Dresden besonders unter der Kartoffelnot.

Weiter ist bedroht die Milchzufuhr. Die Milchzufuhr war schon am Freitag und Sonnabend außerordentlich knapp, und sie ist sicherlich inzwischen noch knapper geworden. Auch hier möchte ich wieder einen Appell an die Herren zur Linken richten: Sie beklagen sich sonst so sehr darüber, wenn Menschenleben nutzlos zugrunde gehen. Was haben Sie uns nicht alles vorklamoriert von den Wirkungen des Krieges, von den Wirkungen der Hungerblockade. Ist das, was Sie jetzt herbeigeführt haben, nicht genau so schlimm?

(Zurufe: Noch schlimmer!)

Wenn man an die Säuglinge denkt, an die kranken Mütter, an die Kranken, die Milch brauchen, ist es nicht verbrecherischer Wahnsinn,

(Lebhafte Zustimmung.)

(A)

(D)